

PRESSEMITTEILUNG

**24. Sitzung des Landtages am 16.
November 2017 in Schwerin**

**TOP – Antrag der Fraktion DIE LINKE –
Einsatz von Minderjährigen als
Informanten im Rahmen der
Strafverfolgung beenden**

Rede von Innenminister Lorenz Caffier

IM

Datum: 16.11.2017

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren Abgeordnete,

der vorliegende Antrag der Linken hat mich belustigt,
zugleich aber auch erstaunt. Vollkommen einig sind wir uns
beim Einsatz minderjähriger Vertrauenspersonen. Das
wollen wir nicht und das haben wir auch ausgeschlossen.

In der „Richtlinie über die Inanspruchnahme von Informanten
und über den Einsatz von Vertrauenspersonen und
Verdeckten Ermittlern im Rahmen der Strafverfolgung“ ist
das genau so festgehalten worden. Hier gibt es keinen
Dissens.

Ich habe es aber so verstanden, dass die Linke bisher wollte,
dass die Sicherheitsbehörden komplett auf V-Personen

Ministerium für Inneres und Europa
Mecklenburg-Vorpommern
Alexandrinestraße 1
19055 Schwerin
Telefon: +49 385 588-2003
Telefax: +49 385 588-2971
E-Mail: presse@im.mv-regierung.de
Internet: www.im.mv-regierung.de

V. i. S. d. P.: Marion Schlender

verzichten. Nun fordern Sie nur noch den Verzicht auf *minderjährige* V-Personen.

Für mich ist das ein klares Bekenntnis zur bestehenden Rechtslage und dem Einsatz von volljährigen V-Personen bei Polizei und Verfassungsschutz. Das wäre ein großer Fortschritt.

Nicht einig werden wir uns hingegen bei den minderjährigen Informanten. Und ganz ehrlich: Die Haltung der Linken ärgert mich hier schon ein wenig.

Mir ist bewusst, dass verdeckte Ermittlungen ein unglaublich hohes Maß an Sensibilität aufweisen, ein besonderes mediales Interesse hervorrufen und gesellschaftspolitisch kontrovers diskutiert werden. Gleichwohl sind diese Maßnahmen notwendig und verfassungsrechtlich legitimiert. Auch das muss deutlich gesagt werden.

Deswegen können wir gerne sachlich über das Thema diskutieren und unsere unterschiedlichen Positionen austauschen. Was ich aber nicht akzeptieren werde, sind haltlose Vorwürfe und Unterstellungen und eingangs erwähnte Vergleiche.

Gerade bei den Linken schwingt immer so ein Unterton mit, dass wir Jugendliche gezielt rekrutieren und ausnutzen würden. Als ob wir ohne Rücksicht auf Verluste nur den Ermittlungserfolg im Blick hätten.

Das ist nicht nur totaler Quatsch. Mir geht auch der dabei mitschwingende moralische Zeigefinger gehörig gegen den Strich.

Unsere Sicherheitsbehörden, das ist auch gesetzlich normiert, haben die Aufgabe, Schaden von den Menschen abzuwenden. Unmoralisch ist höchstens der Versuch, diese Aufgabe immer wieder durch halbgare Anträge und Initiativen zu sabotieren!

Meine Damen und Herren,

der Inhalt des Antrages und der Zeitpunkt der Antragstellung hinterlassen bei mir viele Fragezeichen. Bereits vor über acht Monaten haben wir den von den Linken angesprochenen Fall eines minderjährigen Informanten ausführlich im Innenausschuss diskutiert.

Staatssekretär Lenz hat damals die Fragen beantwortet und zu allen Aspekten Stellung bezogen. Im Ausschussprotokoll war das nachzulesen.

Ich werde daher nicht alle Einzelheiten wiederholen. Insbesondere zum genauen Sachverhalt bzgl. des minderjährigen Informanten ist alles gesagt, was gesagt werden muss.

Gleichwohl möchte ich angesichts des gestellten Antrages einiges gerne klarstellen. Zunächst der Unterschied zwischen V-Personen und Informanten:

V-Personen sind Personen, die, ohne einer Strafverfolgungsbehörde anzugehören, bereit sind, diese bei der Aufklärung von Straftaten in der Regel auf längere Zeit vertraulich zu unterstützen, und deren Identität grundsätzlich geheim gehalten wird.

Informanten sind Personen, die im Einzelfall bereit sind, gegen Zusicherung der Vertraulichkeit der Strafverfolgungsbehörde Informationen zu geben.

Das ist ein großer Unterschied und sollte auf keinen Fall miteinander verwechselt werden. Die Zusicherung der Vertraulichkeit ist sehr wichtig. Gerade im Bereich des Drogenhandels kommt ihr eine besondere Bedeutung zu.

Informanten dürfen dabei nur in Anspruch genommen werden, wenn die Aufklärung einer Straftat sonst aussichtslos oder wesentlich erschwert wäre. Dabei ist natürlich auch die Inanspruchnahme eines minderjährigen Informanten rechtlich zulässig.

Tatsächlich frage ich mich, was die Polizei in der Praxis machen soll, wenn die Linke mit ihrem Antrag wider Erwarten durchkäme. Soll sie Minderjährige abweisen, die

wiederholt Informationen über Straftaten zur Verfügung stellen?

Oder soll sie die Informationen annehmen und dafür aber mitteilen, dass sie für den Minderjährigen bezüglich der Vertraulichkeit leider nichts machen kann, weil dieser nicht als Informant tätig sein darf?

Das ist doch absurd. Auch Sie wissen doch, dass die Strafverfolgungsbehörden in ganz Deutschland grundsätzlich verpflichtet sind, ein Ermittlungsverfahren zu eröffnen, wenn sie Kenntnis von einer möglichen Straftat erlangt haben.

Die Polizei ist also verpflichtet, auch Minderjährige anzuhören, wenn sie Angaben zu Straftaten machen. Wir können nicht einfach bestimmte Bevölkerungsgruppen von der Zusammenarbeit mit der Polizei ausschließen.

Liegen darüber hinaus Hinweise darauf vor, dass die anzeigende Person aufgrund ihrer Angaben Vergeltungsaktionen ausgesetzt sein könnte, wie sie im Drogenmilieu oder in der Rockerkriminalität leider häufig üblich sind, kommt der Polizei auch ein Schutzauftrag zu. Hier kann der Informantenstatus Leben retten.

Gerade beim Kampf gegen das Organisierte Verbrechen, mafiöse und andere kriminelle Strukturen ist die Inanspruchnahme von Informanten unverzichtbar. Anders kommen Sie in manchen Fällen an die großen Tiere nicht ran – zumal es für die Sicherheitsbehörden bei der Telekommunikationsüberwachung immer noch hohe Hürden gibt.

Dennoch besteht kein Zweifel daran, dass sich die Sicherheitsbehörden der besonderen Verantwortung, die die Führung von Informanten erfordert, bewusst sind. Dementsprechend sensibel gehen diese vor.

Um es auf den Punkt zu bringen: Ich finde, die Inanspruchnahme von Informanten – auch minderjährigen – ist nicht nur rechtlich möglich, sondern auch geboten.

Wir wollen Verbrechen aufklären. Das sind wir den Menschen in unserem Land schuldig. Die Sicherheitsbehörden gehen verantwortungsbewusst und umsichtig vor.

Und deswegen bin ich nicht bereit zuzulassen, dass eine ideologisch gefärbte Anti-Polizei-Politik den Beamten wieder völlig unnötig Steine in den Weg legt.

Ich empfehle dringend, diesen Antrag abzulehnen.